

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Ostrowski
und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2642 –**

Zwangsversteigerungen von Immobilien 1999

1. Wie hat sich die Anzahl der Zwangsversteigerungen von Wohnimmobilien in Westdeutschland und in Ostdeutschland 1999 im Vergleich zum Vorjahr 1998 entwickelt?

Die in der Bundesrepublik vorliegende offizielle Statistik der Zivilgerichte verzeichnet für das Jahr 1998 insgesamt 67 658 Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen. Der Geschäftsanfall des Jahres 1999 ist statistisch noch nicht erfasst.

In den alten Bundesländern hat sich die Zahl der Zwangsversteigerungen von 52 376 im Jahr 1997 auf 51 286 im Jahr 1998 verringert. Demgegenüber war in den neuen Bundesländern eine Zunahme der Zwangsversteigerungen von 13 513 1997 auf 16 372 Fälle zu verzeichnen.

2. In welchen Ländern und Regionen wurde die stärkste Zunahme an Zwangsversteigerungen registriert?
3. In welchen Ländern und Regionen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung ein Rückgang an Zwangsversteigerungen registriert?

Da die offizielle Statistik der Zivilgerichte noch nicht vorliegt, sind keine regional differenzierten Aussagen über die Zwangsversteigerungen möglich.

Private Agenturen führen eine Statistik von Zwangsversteigerungsterminen. Danach ist die Entwicklung der Zwangsversteigerungstermine in den Neuen Bundesländern und Berlin dadurch gekennzeichnet, dass verstärkt steuerliche Abschreibungsmodelle und Gewerbeobjekte notleidend werden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 18. Februar 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

In den alten Bundesländern sind die Steigerungsraten der Zwangsversteigerungstermine deutlich geringer geworden.

4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil an selbstgenutzten Eigenheimen bzw. Eigentumswohnungen an den zwangsversteigerten Wohnimmobilien?

Die Statistik der Zivilgerichte differenziert nicht nach den Arten von zur Zwangsversteigerung anstehenden Immobilien. Es ist daher nicht ersichtlich, wie viele Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen zwangsversteigert worden sind.

5. Wie prognostiziert die Bundesregierung die weitere Entwicklung von Zwangsversteigerungen vor allem in den neuen Bundesländern?

Die Bundesregierung geht davon aus, dass es zu einer Beruhigung der Zwangsversteigerungen kommt.